

»Ökologische Mobilität fördern« Traunsteiner Liste stellt Positionspapier zum Autobahn-Ausbau vor

Die Traunsteiner Liste plädiert für einen gemäßigten Ausbau der Autobahn mit je zwei Fahrspuren plus Standspur und einen besseren Lärmschutz für die Anwohner. Schriftführerin Gabriele Sachsenmaier legte bei der letzten Mitgliederversammlung dazu ein Positionspapier vor. Darin hebt die Traunsteiner Liste die Notwendigkeit eines umweltschonenden, und an den Prinzipien der Nachhaltigkeit orientierten Konzepts hervor.

Ein Ausbauniveau ausgelegt auf Spitzenbelastungen sei weder unter ökonomischen, ökologischen noch unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten sinnvoll, hieß es bei der Versammlung. Der Bedarf eines großen dreispurigen Ausbaus lasse sich durch aktuelle Verkehrsprognosen nicht belegen. Vielmehr solle in Spitzenzeiten durch ein Verkehrsleitsystem die Standspur zur Verkehrsnutzung freigeschaltet werden. Aufgrund der Bedeutung der Autobahn für die heimische Wirtschaft und den Tourismus komme dem Begriff der »Ökologische Mobilität« besondere Bedeutung zu.

Beim gemäßigten Ausbau seien wegen des wesentlich geringeren Straßenquerschnitts weniger hohe Lärmschutzwände notwendig, das Landschaftsbild werde erheblich weniger beeinträchtigt - die Attraktivität als Tourismusregion bleibe erhalten. So hoffe man, dem anderenfalls befürchteten Rückgang der Übernachtungszahlen in Autobahnnähe entgegenzutreten zu können. Auch die regionale Wirtschaft profitiere, wenn die Anlieger den Chiemgau nicht verstärkt als Transitstrecke nutzen, um in Rosenheim und Salzburg einzukaufen.

Rechtliche Grundlagen für den Lärmschutz bestünden bereits beim gemäßigten Ausbau und nicht, wie oft falsch dargestellt, nur beim großen Ausbau. Lärmschutzwände müssten entsprechend der tatsächlichen Lärmbelastung geplant werden. Der effektivste Lärmschutz bestehe jedoch bei möglichst geringem Verkehrsaufkommen und durchgängiger Geschwindigkeitsbegrenzung- was auch die größtmögliche Sicherheit bringe. Auch die deutlich niedrigeren Kosten bei Bau und Unterhalt sprächen für den gemäßigten Ausbau. Das gesparten Geld könne für Infrastrukturmaßnahmen in den betroffenen Landkreisen eingesetzt werden wie Ausbau des Schienennetzes auch für den Güterverkehr. Neue Formen der Mobilität müssten gedacht und gefördert werden, so das Fazit.